

Saale-Beitung.

Dezundvierziger Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder dem Raum mit 20 Pfg. ...
Ertheilt täglich vormals, Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Expedition: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Expedition: Gr. Marktstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich bei postmässiger Anstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für anvertraute eingehende Manuskripte ist keine Gewähr übernommen.
Stadtred. mit Lucienanstraße: „Saale-Beitung“ getippt.

Hauptredaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1135 a.
Anzeigen-Expedition: Gr. Marktstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 336.

Halle a. S., Mittwoch, den 21. Juli.

1909.

Der alte und der neue Kanzler.

Der Reichstagsabgeordnete Kaumann zieht in der neuen „Hift“ eine interessante Parallele zwischen dem verabschiedeten und dem neu ins Amt getretenen Kanzler. Er schreibt:

Der alte Kanzler legt sich im Sommer nach Flottbeck an die Elbe und wird ein Rentier. Im Winter lebt er in Rom und bildet dort den Mittelpunkt einer Gesellschaft, in der alle schönen Interessen besprochen werden. Er ist noch frisch genug, um sich vieler Dinge annehmen zu können. Was wird er nur noch alles werden? Ehrenpräses der deutschen Luftschiffahrt oder sonst etwas? Wird er eine Africareise machen wie Roosevelt oder mit seiner Gattin Indiens wunderbare Schätze besuchen? Eins nur scheint sicher, daß er nicht als glänzender Altkanzler in einen Winkel zurückziehen wird, wie einst Metternich und später Bismarck. Er bringt es nicht fertig, so zu hassen. Bismarck war eben auch darin ein anderer Keil, eine Sch-Perlon, die nichts vergaß und nichts vergab. Er war mit sich beschäftigt, mit dem großen Weltanschauung, das er hinterlassen wollte, und hat uns ein lauffähiger Reichskanzler seine „Gedanken und Erinnerungen“ gegeben, dieses Buch der politischen Weisheit für Generationen. So etwas wird Bismarck nicht tun; er will keine Memoiren verfaßen, weder Bismarckische noch Hofenlocherische. An sich wäre es sicher sehr interessant, ihn erzählen zu hören, aber es wird ihm wohl ernst damit sein, unter die Politik einen Strich zu machen. Vielleicht spricht er in nächster Zeit noch einige Male, um der konservativen Verbündelung der Geschäfte seines Kandidats vorzugehen, dann aber läßt er der Welt ihren Lauf, da sie ja nun doch einmal anders gehen will, als er es sich dachte. Bismarck nahm es der Welt übel, weil sie anders ging, als er wollte; Bismarck interessierte sich viel zu sehr dafür, warum sie anders geht, um heftig zu werden, wenn sie sich nicht fügt. Er verließ seine Freunde, was Bismarck nie tat. Deshalb besaß er keine große heilige Wut, deshalb kam er nur die zweite Hälfte des Zeitalters Wilhelms II. an sich vorübergeleiten lassen, wie den Eß-Ström bei Hamburg.

Es ist für Kaiser Wilhelm II. keine leichte Sache, diesen Kanzler gehen zu lassen. Nicht als ob Wilhelm II. den Trennungsschmerz vom Novemberkanzler nicht überwinden könnte! Das wird er wohl, aber er wird in Zukunft entweder mehr oder weniger regieren müssen als bisher, da es kein Nachfolger vertrieben wird, ihm das Regieren so spielend leicht zu machen. Der Kaiser wünscht ohne viel Anstrengung in allen Sachen das entscheidende Wort zu haben. Das liegt überhaupt im monarchischen System und gehört außerdem zu seinen persönlichen Eigenschaften. Er ist keine Arbeitsschraube wie Friedrich II. von Preußen. Der Gedanke, sein eigener Reichskanzler sein zu wollen, hat sich deshalb nicht durchzuführen

lassen. Wilhelm II. ist unter Bismarck Monarch gewesen, aber nicht Kanzler, und die Novemberdebatte hat diesen Zustand öffentlich festgelegt als den normalen Zustand. Auch in auswärtiger Politik hat Bismarck sich allmählich gegenüber dem Kaiser zum Kanzler gemacht. Das konnte er, weil er ein glänzender Gesellschaftler und genialer Menschensbehandler war. Er ließ dem Kaiser alle Ehre, machte es ihm aber absichtlich leicht, die Aufgaben in einem von ihm gewünschten Sinn zu lösen. Und der Kaiser, der ja klug genug ist, diese Art seiner Behandlung zu begreifen, ließ sie sich gefallen, weil er im ganzen daran glaubte, daß Bismarck die Sache schon richtig machen werde. Dieses Verhältnis der beiden obersten Gewalten wird sich nicht auf einen Nachfolger übertragen lassen, einfach weil weder Herr von Bethmann-Hollweg noch sonst jemand den Griff in der Hand hat, mit dem Bismarck die Majestät anfaßte. Er verstand es die monarchische Form zu wahren, ohne vor ihr zu erbeugen. Das war Bismarck'sches Erbe. Nun geht der letzte Bismarckianer aus dem Dienst, und ein Kanzler erscheint, dessen bürgerlicher Ursprung auch heute noch sichtbar ist, und dem die Sonne Italiens weniger geuchtet hat als seinem von Gild und Metternich verwöhnten Vorgänger. Er muß alle Dinge enker nehmen, weil er selber das Leben ernst aufsaßt als eine Summe schwerer verantwortlicher Pflichten und Rechte. Er ist sicherlich kein Kleinigkeitsträger, aber so behaglich wie Bismarck kann er sich nicht über unklare Stellen hinwegsetzen. Er will selbst einen Begriff von den Dingen haben, und wenn er ihn gewonnen hat, so hat er das Bedürfnis, verstanden zu werden. Das hat Bismarck nie gehabt, wenn er nur sein Ziel erreichte. Dieser Mann soll nun zwischen Kaiser, Bundesrat, Reichstag und Landtag die Regierung darstellen. Was er an Hilfskräften dabei vorfindet, ist nicht übermäßig stark. Er kennt die ganze Sachlage, geht keineswegs wie einst Caprivi in eine dunkle Kammer hinein, aber es sollte sich nicht mindern, wenn er lieber das Bische, was er bisher war. Doch mer soll sonst die von Bismarck geschaffene erste Stelle ausfüllen?

Wir brauchen eine tüchtige sachmännliche auswärtige Politik. Braun Bethmann-Hollweg für diese den Mann findet, der ihn entlastet und dabei der Nation die nötige Sicherheit bietet, so kann er Zeit gewinnen für seine inneren Aufgaben. Wenn es doch möglich gewesen wäre, Bismarck als auswärtigen Kanzler zu erhalten und ihm im Innern einen Verwaltungszustand zur Seite zu stellen! Das war nicht möglich. Damit rollt sich eine Doppellast auf die neuen Schultern, die fast zu schwer ist für einen einzelnen Mann. Schon zu Bismarck's Zeiten war sein Amt zu groß für ein Gehirn, und heute ist es bei der Verwickeltheit der deutschen Verhältnisse fast unübersehbar. Wir wünschen von dem neuen Manne, daß er das Wort beherzigt: Regieren heißt, sich Stellvertreter besorgen."

Unser „Auswärtiges Amt“.

— Von geschäftlicher Seite wird uns aus Berlin geschrieben:

Es sieht tatsächlich so aus, als ob Kaiser Wilhelm II. Neigung hätte, wie immer bei der Entlassung Bismarck's, sein eigener Kanzler zu sein; denn Herr von Bethmann-Hollweg ist laut eigenem Eingeständnis ein Fremdling in der auswärtigen Politik. Von Herrn von Schoen aber weiß man (und der Staatssekretär machte auch nie ein Geht daraus), daß er sich nach einem Botschafterposten sehnt. Besonders soll Frau von Schoen für Paris inffinieren, das nach Napolins Rücktritt für den jetzigen Staatssekretär das Auswärtigen aussetzen ist. Ein Verlust für das Auswärtige Amt wäre das Auscheiden von Schoens nicht. Herr von Schoen ist ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle, von gewinnendem Wesen, aber nicht wie Bismarck! Zu konstant, zu nachgiebig! Allzu sehr zum Bescheiden geneigt! Er hat nichts von dem Bismarck'schen Diplomatenfestigkeit, dagegen viel von Caprivi's Nachgiebigkeit gegenüber der Allerhöchsten Stelle. Und das ist, wie man weiß, in politischen Dingen nicht immer gut.

Von der Reorganisation des Auswärtigen Amtes ist unter Herrn von Schoen nicht viel zu hoffen. Es scheint überhaupt, als ob der ganze Reformplan, der jetzt bei den Drängen des Reichstages und der öffentlichen Meinung ausgearbeitet worden ist, bei den — Alten läge. Fürst Bismarck hat sich wenigstens nie mehr darum gekümmert, vermutlich auch nie den ausgearbeiteten Entwurf gesehen. Und der neue Kanzler? Er wird voraussichtlich noch weniger Lust verspüren, als Bernhard von Bülow, ein Reformwerk zu schaffen, das nur der aufbauen kann, der selbst vom Bau ist.

Kommt also nicht bald ein jüngerer, tüchtiger Diplomat von der Schule Holtzins ins Auswärtige Amt, so geht das bisherige Chance, das wir seit der jüngsten Balkanpolitik gewonnen haben, flöten, und Herr von Aehrenthal erhält die Führung hat — Berlin!

Der Aufruf der nationalliberalen Partei.

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei erläßt folgenden Aufruf:

Wir stehen am Beginn einer neuen politischen Entwicklung. Die Konföderativen mit Zentrum und Polen haben eine Reichsfinanzreform nach ihren Wünschen geschaffen und in ihren Hauptteilen der Regierung aufgegeben. Erstreckt haben wir gesehen, wie leichtfertig die neue Regierung Steuern erheben und durchgreift hat. Unkenntnis und Ab-

Feuilleton.

Fortschrittliches vom deutschen Philologenstande.

Dr. A. Matzsch schreibt in dem Juniheft der „Dokumente des Fortschritts“ (Berlin, Georg Meiner):
Auf dem vierten deutschen Philologentage, der Ostern 1910 in Magdeburg tagen wird, soll u. a. auch die Behandlung der Schule durch die Presse zur Sprache kommen.

Falls sich bis 1910 nicht vieles ändert, wird der Berichterstatter eine unangenehme Aufgabe haben: den eigenen Standesgenossen die unangenehmsten Dinge vorzusetzen und nach Gründen über diesen bösen Zustand zu suchen.
Ist Aussicht vorhanden auf eine solche Veränderung? Werden sich bis dahin die Beziehungen der Presse zum Philologenstande verbessert haben? Wird sich die Presse, die bisher in der öffentlichen Meinung, von der hergebrachten Gleichgültigkeit und Ränke dem Lehrertage gegenüber losgerissen und als Erzfeind der Erwachsenen den Erzfeind der Jugend fördernd zur Seite treten? Gewiß, ein solches Kulturbündnis wäre aufs innigste zu wünschen. Da aber nichts auf dieser Welt geschenkt wird, so hängt alles davon ab, daß zunächst der deutsche Philologenstand selbst immer mehr aus seiner Weltfremdsicht, aus seiner Teilnahmelosigkeit an den öffentlichen Angelegenheiten heraustritt, daß er im Bewußtsein seiner Bedeutung als Kulturvermittler überall aus dem Leben zu lernen und im Leben zu wirken laßt, daß er aus dem Erklärungsstande des „akademisch gebildeten Subalternbeamten“ erwacht und selbständig, verantwortungsvoll handeln lernt.

Tatsächlich freisetzt der deutsche Philologenstand jetzt rasch diese Ziele zu. Die endlich geistlich gehaltene Stellung mit Berufung von hochangesehener sozialer Stellung ist dafür natürlich von großer Bedeutung. Ein Oberlehrer, der mit den Direktoren, den Riktoren und Rektoren an der Spitze im Einvernehmen steht, wird aus dieser Einschätzung einen Ansporn zu höheren Leistungen empfangen. Die Gefahr, daß dauernd ungerechte Behandlung während die Berufsfreiheit und damit die Leistungs-

fähigkeit herabdrückt, ist heute beseitigt; gleichzeitig sind damit die Kräfte, die bisher der wirtschaftliche Kampf verschlang, frei geworden für die Hebung des Standes auf kulturellem Gebiete. Die Saat, die Friedrich Nauffen zeitweilen ausgesät hat, ist im Aufgehen begriffen. Der deutsche Philologenstand wird seiner Dankbarkeit gegenüber diesem treuen Vorkämpfer nicht allein durch Errichtung eines Denkmals zu genügen suchen, er wird vor allen den letzten Willen Nauffens verwirklichen, den Wunsch, daß „der Wille zur Freiheit“ im Stande wieder mächtiger werde. Der „pädagogische Anarchismus“ heutigen Tages ist nach Nauffen nichts weiter als „der gefühlsmäßige Widerspruch gegen den überspannten Bureaokratismus“. Von beiden gilt es, sich freizukaufen. Die im Stande selbst liegende Lösung, weil geschichtlich denkbare Fortschrittspartei vertritt sich nicht von dem heiligen Entwurf radikaler Reformpläne auf dem Papier den Erfolg, sie sieht den Hauptfortschritt in der allmählichen Willensbildung der Standesmitglieder. Bevor man an größere kulturpolitische Aufgaben herantreten kann, muß der Stand zu voller Kraftentfaltung gebracht werden. So ist das erste der Kampf gegen die Zustände, die geschichtlich geworden, nach dem Trägheitsgesetz gern beharren möchten, obwohl sie von der allgemein politischen-sozialen Entwicklung längst überholt sind, der Kampf gegen das patriarchalische-bureaokratische System in Amt und Stand.

Wer sich über den Geist, der allzu lange die höhere Schule beherrschte hat, zu unterrichten wünscht, der lese die meist aus den Jahren 1867/68 stammenden, noch heute gültigen preussischen Provinzial-Instruktionen für die Direktoren, Ordinarien und Oberlehrer!). Daß diese Dienstverordnungen veraltet und verbesserungsbedürftig sind, darüber ist heute nur eine Meinung. Die preussische Standesvertretung hat schon Herbst 1908 eine einheitliche Regelung der dienstlichen Beziehungen zwischen Direktoren und Oberlehrern nach vorheriger gründlicher Abklärung der Beteiligten als einen Wunsch des ganzen Standes bezeichnet. Derartige gutachtliche Vorkerungen sind nun zum Teil schon erfolgt. So hat der Göttinger Philologengereine und nach ihm auch der Stettiner Preßische aufgestellt, in denen die Wünsche der Oberlehrer im ein-

*) Dr. A. Matzsch, Oberlehrer, die preussischen Provinzialinstruktionen für die Direktoren, Ordinarien und Oberlehrer der höheren Schulen. Bunsau u. Schl. Kreisvermer. 1909.

zelnen formuliert sind. Die Göttinger Sätze mögen hier folgen:

- 1. Am die Berufs- und Verantwortungsfähigkeit der Oberlehrer zu fördern, erscheint es wünschenswert, daß in neuen Dienstverordnungen für die Direktoren und Oberlehrer folgende Sätze Berücksichtigung finden:
- 1. Die Rechte und Pflichten der Direktoren und Oberlehrer sind allein nach den Interessen der Schule zu bestimmen und abzugrenzen.
- 2. Der Direktor ist nächster Vorgesetzter der Lehrer; doch steht ihm nicht das Recht zu, Disziplinarmaßnahmen zu verhängen.
- 3. Wo der Lehrer die Verantwortung trägt, muß ihm unbedingt das Aufsichterecht des Direktors grundsätzlich auch die Entscheidung über das einzuschlagende Verfahren und die Wahl der Mittel überlassen werden.
- 4. Der einzelne Lehrer ist Untergebener des Direktors, das Gesamtcollegium ist dem Direktor gleichberechtigt.
- 5. Auf Antrag einer bestimmten Anzahl von Kollegen ist der Direktor verpflichtet, Anträge zur Beratung und Beschlußfassung vor die Konferenz zu bringen. Gegen die Beschlüsse kann er Einspruch erheben, aber er muß dann die Entscheidung des Provinzialschulcollegiums anrufen.
- 6. In den Rechten und Pflichten des Lehrers gehört die Justiz. Die Strafgewalt muß ihm bis zu einer gewissen Höhe eingeräumt werden, ohne daß er zu besonderer Anzeige an den Direktor verpflichtet ist.
- 7. Die Zeugnisse über die Leistungen bestimmen der Direktor.
- 8. Die Verbeserung erfolgt durch die Verbeserungskonferenz; an dieser nehmen teil der Direktor und die in der Klasse unterrichtenden Lehrer. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Direktors.
- 9. Gesuche der Schüler an den Direktor sind stets durch die Vermittlung des Klassenlehrers oder unter seiner vorherigen Zustimmung einzureichen. Der Direktor darf nur nach Rücksprache mit dem Klassenlehrer der Schüler Urlaub oder andere Vergünstigungen gewähren.
- 10. Der Klassenlehrer ist der Vermittler zwischen Schule und Haus.
- 11. In einzelnen Fällen, wie z. B. bei Urlaub bis zu einem Tage, ist dem Klassenlehrer selbständige Entscheidung einzuräumen.

kegung gegen die moderne wirtschaftliche Ent-
wicklung, die unser Volk wohlhabend gemacht und
unsern großen Bedürfniszuwachs wohl ver-
schafft hat, haben diese Steuererhebung bis-
her. Handel, Gewerbe und Industrie, die Hauptträger
unserer weltwirtschaftlichen Aufschwüngen, wurden in ihrem
Lebenskreis bedroht, der Mittelstand in Stadt und Land schwer
getroffen, die breiten Massen ohne gerechten Aus-
gleich aufs neue schwer bedrückt. Das tat die
Mehrheit, um die Verfassenden, um insbesondere
den großen Grundbesitz zu schonen. Und um der Er-
haltung politischer Macht willen gerieten die Konserwativen den
Staat, hatten wieder dem Zentrum zur Macht und führten den
Ränzel. Es tat es unter dem Druck des Bundes der Landwirte,
der längst aufgehört hat, eine wirtschaftliche Organisation zu sein.
Diesem Druck sich zu beugen, lehrte die Nationalliberale Partei ob.

Am schwersten aber wirkte die konserwative Schuld in ihrer
Verbindung am Staat. Welch nationales Leben, welche Zukunfts-
hoffnungen erweckte die letzte Reichstagswahl! Eine Reichspolitik,
in den großen Lebensfragen des Vaterlandes unabhängig gemacht
von Zentrumsübermut, gefördert durch gegenseitiges Einverständnis
von Konserwativen und Liberalen. Sie ist gescheitert.
Zentrum und wir wieder der Trümpf. Wird das deutsche Volk
sich willens beugen wollen? Wird es sein Schicksal einer Mehr-
heit überantworten wollen, die verständnislos und überwollend
der futuristischen und wirtschaftlichen Entwicklung gegenübersteht?
Wir glauben: Nein.

Es gilt, Auffklärung in das Land einzun-
tragen, damit das Volk erkenne, um welch hohes Ziel es geht.
Darin richtet sich die Nationalliberale Partei, ihre Organisationen
auszubauen oder neue zu schaffen. Kein Opfer darf da zu groß
sein. Die Erregung weiter Volkstriebe, auch solcher, die bisher
den Konserwativen Gefolgschaft leisteten, über den Verrat an einer
groß angelegten nationalen Politik sichern letzten Erfolg. Recht-
zeitig funktionierenden Vorkarrieren, die bei der Unklarheit
der politischen Lage uns plötzlich überraschen können, gibt allein
die Gewähr späterer Siege.

Nur eine groß angelegte Organisationsarbeit kann zum Ziele
führen. Große Mittel sind dazu erforderlich, die wir heute von
unseren Freunden im Lande erbitten. Darum hefte uns, wer mit
uns in banger Sorge ist um die Zukunft unseres Vaterlandes und
die Sicherung des Wohlstandes unserer Nation, wer mit uns
glaubt, daß die Abwehr fließender Herrschaft materielle Opfer wert
ist. Es hefte uns, wer eine ultranational-konserwativ-politische
Herrschaft im Deutschen Reichstage für eine Verhöhnung des
deutschen Volksglaubens hält.

Überzeugt, daß nur die Ausgabe reichlicher Mittel uns instand
setzen wird, dem Gedanken des nationalen Liberalismus in dieser
schicksalsschweren Stunde in allen Schichten unseres Volkes die
nötige Stärke und Verbreitung zu geben, richten wir heute an
unsere Parteifreunde die dringende Bitte, durch einen außerordent-
lichen Beitrag uns in die Schaffung neuer Organisations-
mittel und Geschäftsfelder zu ermöglichen. Wer uns hierbei
mit reichlicher Spende hilft, der hilft unser Vaterland freihalten
von Zentrumsbesetzung, der dient unserer nationalen Disziplin-
politik und einer gelunden wirtschaftlichen und politischen Ent-
wicklung unseres Staatswesens.

Das Zentralbüro der Nationalliberalen Partei, Berlin W. 9,
Schellingstraße 9, nimmt Beiträge jederzeit entgegen.

Deutsches Reich.

Die Reichstagsersahwahl in Pfalz-Landau.

Ein Fiasko des schwarzen Bloks.

Die Reichstagsersahwahl in Landau hat, weil sie die
erste nach dem Scheitern der Bismarckschen Blockpolitik ist,
besondere Bedeutung.

12. Der Klassenstreik ist berechtigt, von den Fachlehrern
über Verhalten und Leistungen der Schüler Auskunft zu ver-
langen; eine Kritik der Amtsgenossen steht ihm nicht zu.
Alle diese Forderungen entspringen der einen Sehnsucht
des Oberlehrers, mehr Selbstachtung in seiner Schule zu er-
langen. Soll er mit voller Freudigkeit in seinem schönen
großen Beruf aufgehen, dann will er auch verantwortlich an
allen Fragen teilnehmen, die das Schulleben bewegen.
Soll er Erzieher sein, so will er auch einen Willen haben
dürfen. Die sachlich unbedingt notwendige Einordnung und
Unterordnung erkennt er willig an, aber gegen Zustände,
deren wahrheitsgetreue Schilderung Morch in den Worten
ausfließen läßt:

„Glaube“ unser einem, dieses Ganze
ist nur für den Direktor gemacht;
Er findet sich in einem ewigen Kampf;
Uns hat man in die Finsternis gebracht.“

träubt sich das Beste in ihm.
Im Grunde derselben Quelle wie die Dienstverweigerungs-
bewegung entspringt eine andere Strömung, der Wille zur
straffen Organisation des Standes. Nachdem im Jahre
1904 der Zusammenschluß der Landesvereine zum Deutschen
Pädagogischen Verband im wesentlichen gelückt ist (er umfaßt
seit jetzt 16 000 Mitglieder), will man nun die innere
Kraft der Organisation dadurch steigern, daß man den
Hauptnachdruck auf die vielfach erst noch zu gründenden
Ortspädagogischen Vereine zu legen sucht. So sind in
den letzten Jahren hauptsächlich in den Großstädten —
z. B. in Breslau, Königsberg, Chemnitz u. a. —
neue Ortsvereine gegründet worden, die den Zweck haben,
den Stand, sein Wissen und sein Können, zu praktischer
Geltung zu bringen. An der Spitze dieser Bewegung steht
Direktor Jahnke aus Lübenitzsch, der gewiß nicht der
einzige unter seinen engeren Amtsgenossen ist, dem eine
Befreiung der bebudenen Kräfte im Sinne Eitens mehr
an Herzen liegt als die Behauptung eigener Macht und
Ehre. Natürlich wird diese Bildung von Ortsvereinen zu
einer Neuorganisation des ganzen Standes führen; an die
Stelle der Organisation von oben nach unten wird die
Organisation von unten nach oben treten; an die Stelle der
patriarchalischen Leitung die konstitutionell-parlamentarische
Geschäftsführung.

So zeigt sich überall hoffnungsvolles neues Leben. Nach-
dem das Gymnasialmonopol gebrochen ist, wendet sich der
Wille des deutschen Oberlehrers immer mehr der Gegen-
wart zu.

Der gelehrte Trummer ist auf dem besten Wege, Politiker
zu werden, Kulturpolitiker.

Es fanden sich gegenüber der nationalliberalen Kandidat
Güte- und Fabrikbesitzer Dr. D. Schertz aus Neustadt a. S.,
der Zentrumsmann Eiben und der Sozialdemokrat Huber.
Als vierter kam diesmal noch ein Kandidat des Bundes
der Landwirte, Gutsbesitzer Lehmann, hinzu. Während
nämlich bisher die Nationalliberalen und Bündler stets zu-
sammengedrungen und gemeinschaftlich einen Kandidaten
aufgestellt hatten, ging bei dieser Wahl der Bund der
Landwirte selbständig vor, nachdem der ursprünglich von
ihm und den Nationalliberalen ausgewählte Kandidat, ein
Bündler, der die Erbschaftsteuer verwarf, mit Rücksicht
auf die Vorgänge im Reichstag für die Nationalliberalen
unmöglich geworden war.

Die Nationalliberalen betonten im Wahlskampfe diesmal
besonders scharf den liberalen Standpunkt, und sie
haben damit nicht schlecht abgemittelt. Ihr Kandidat er-
zielte 915 Stimmen. Im Jahre 1903 wurden für den
nationalliberal-bündlerischen Kandidaten allerdings 12 295
Stimmen abgegeben; 1907, bei der besonders günstigen
Wahlparole 14 613, aber es ist dabei eben zu bedenken, daß
damals der Bund der Landwirte im Kartell mit den Natio-
nalliberalen hand. Der Bund der Landwirte hat immer
den Standpunkt vertreten, daß es sich bei diesem Kompromiß
getreu um ein Geschenk an den Liberalismus
handelt; das Mandat in Landau betrachtete er stets als
einen Ausgleich für die Wahlunterstützung, die die Natio-
nalliberalen den Bündlern Roscoe und Stauffer in ihren
Wahlkreisen leisteten. Daß diese Aufzählung des Bundes un-
berechtigt war, lehrte die geringe Stimmenzahl, die sein
Kandidat erhielt: der Bündler Lehmann brachte
es nur auf 2487!

Auch das Zentrum, das in der Reichsfinanzreform
mit dem Bunde an einem Strange gezogen hatte, erlebte
eine Enttäuschung. 1903 hatte sein Kandidat 8236
Stimmen, 1907 noch mehr, 8767, erhalten; diesmal nur 7056.
Und was das Unangenehmste für die Herren Spahn und
Genossen ist, das Zentrum sieht sich aus der
Stichwahl verdrängt: der Sozialdemokrat tritt zum
erstenmal an seine Stelle. Der Sozialdemokrat
Huber hat mit 8364 Stimmen den Mann vom schwarzen
Blok erheblich überflügelt. 1903 zählte die Sozialdemo-
kratie erst 5549 Stimmen, 1907 schon 6340, diesmal hat sie
2000 Wähler dazu erhalten. Das ist auch ein Erfolg der
volksfeindlichen Steuerpolitik, die die Konser-
vativen und Zentrumsleute betrieben haben.

Unter solchen Gesichtspunkten kann die Nachwahl in
Landau als ein Fiasko des schwarzen Bloks gelten.
In der Stichwahl stehen sich Nationalliberaler und
Sozialdemokrat gegenüber; das Zentrum hat die Entschet-
tung. Wie es sich dabei verhalten will, steht noch nicht fest;
denn die Herren haben natürlich keinen Moment daran ge-
dacht, daß sie nicht einmal in die Stichwahl kommen würden.
Sie können nun Wahlsplitter gegen den Nationalliberalen
über, indem sie sich für den Sozialdemokraten engagieren;
dann sind die Chancen zweifelhaft, oder sie geben die Parole
„Wahlenthaltung“ aus, dann bleibt das Mandat den Natio-
nalliberalen. Jedenfalls hat die Wahl bewiesen, daß der
Liberalismus im Wahlkreise die stärkste Wählerzahl hat.
Den Nationalliberalen kann die Wahl ein ermunterndes
Zeugnis sein, daß gerade die starke Betonung der
liberalen Grundzüge ihr im Volke breiten
Woden bereitet.

Der neue Kanzler und die Wahlrechtsfrage.

Wie die „Berl. K. N.“ von „eingeweihter Seite“ er-
fahren, nimmt der neue Reichskanzler zu der preussischen
Wahlrechtsfrage dieselbe Stellung ein wie Fürst Bismarck.
Auch er betrachtet die Reform des preussischen
Wahlrechts als eine bringende Aufgabe, die
mit Beschleunigung gelöst werden muß. Man darf anneh-
men, daß der neue preussische Ministerpräsident in der
nächsten Tagung des Abgeordnetenhauses die Gelegenheit be-
nutzen wird, um seinen Standpunkt zur preussischen Wahl-
rechtsfrage der Öffentlichkeit kundzutun.

Herr v. Bethmann-Hollweg ist, ebenso wie sein Vor-
gänger, ein Gegner der Übertragung des Wahlrechts-
rechts auf Preußen. Dennoch werden die Herren Junker
ihm wenig hoch sein, wenn er das Problem mit einigem
Eifer anfaßt sollte.

Die Schadenfreude der Polen.

Ueber die Unterredung, die der Chefsekretär des
„Hamb. Kor.“ vor kurzem mit dem Fürsten Bismarck
hatte, schreibt das „Polenblatt“ „Dziennik Wroclanski“:
Wir haben in der politischen Sprache kein Wort für
des boshaften Gefühl, das bei den Deutschen „Schadenfreude“
heißt. Aber wir lernen von den Deutschen dieses Wort ver-
stehen und empfinden, und es muß uns ja jetzt erfüllen,
wenn wir sehen, daß mit unsern Stimmen unser größter
Feind seit Bismarck gestützt ist und daß er die Niederlage,
zu der wir ihm verholfen haben, so bitter empfindet. Wir
hätten uns selbst nicht adten können, wenn wir nicht zum
politischen Tode eines Menschen beigetragen hätten, der
unserem Volke so schweres Unrecht getan, und uns dem
deutschen Chauvinismus zum Fraße vorgeworfen hat, der
uns nicht nur in Preußen verfolgte, sondern alle Hebel in
politischer Verblendung zu erhalten. Es gibt auch im poli-
tischen Leben eine Nemesis. Sie ist hier eingetroffen. Der
Mann, der auf die politischen „Kandidaten“ nach gemacht,
der fast jedes Jahr neue verärrtete Weise auf uns ab-
gesandt hat, auf dem die Tränen und Schmerzen der un-
armherzig gepeinigten Wroclawer Kinder und die Opfer
des Schulfreies lasten, hat den Todesstoß, der ihn von der
politischen Bühne wegsetzte, von uns, aus der Hand seines
Opfers empfangen.

Den Konserwativen kann man zu ihren Verbündeten
gratulieren.

Die Frage der außerordentlichen Professoren.

Ueber die Stellung der Universitäten und der Unter-
richtsverwaltung zur Frage der außerordentlichen Pro-
fessoren schreibt man uns von unterrichteter Stelle:
Es ist der Wunsch ausgesprochen, daß die Extra-
ordinarien in den Lehrkörper der Fakultät in höherem

Maße als bisher hineingezogen werden. Die Unterrichts-
verwaltung hat über diese Frage die Senate und Fakultä-
ten gehört, um die Ansichten der zunächst in Betracht kom-
menden akademischen Körperschaften kennen zu lernen. Die
Antworten lauten fast durchgängig ablehnend. Es wird
ausgesprochen, die außerordentlichen Professoren seien keine
Lebensstellungen oder wenigstens nur für ganz wenige. Es
hat sich auch die Forderung der außerordentlichen Professoren
nicht sehr wesentlich gegenüber den ordentlichen verhalten,
und daraus haben sich die außerordentlichen Professoren
auch keine größere Bedeutung für den Lehrkörper der Uni-
versität erhalten. Unterliegt von einer großen Anzahl von
Universitäten wird der Gedanke, den staatsmäßigen außer-
ordentlichen Professoren und solchen mit einem besondern
Lehranspruch das Recht der Restorwahl zu geben, um sie auf
diese Weise enger mit der Universität zu verbinden. Dem
dürfte auch die Unterrichtsverwaltung zustimmen, wenn auch
nicht für Berlin, so doch für die anderen Universitäten. Es
wird ferner erwoogen, auch außerordentlichen Professoren in
der philosophischen und medizinischen Fakultät, die ein
Spezialfach vertreten, wenigstens dann, wenn es sich um
Fragen ihres Faches handelt, den Zutritt zur Fakultät zu
gewähren.

Krätches Anleihe bei Kempinski.

Der Staatssekretär des Reichspostamts Krätze wird demnächst
mit den Gerichten zu tun bekommen. Seine Kräfteinrichtung der
Waffenbesitz, die wie sich nunmehr herausstellt, bereits vor
Jahren die bekannte Berliner Weinfirma Kempinski erstanden und
sich durch Gebrauchsmuster Nr. 281 236 hat schützen lassen, wird
von dieser Firma beanstandet.
Die Firma hat bereits die nötigen Schritte zur Wahrnehmung
des Schutzes ihres Gebrauchsmusters eingeleitet.

Der Kaiser

Am Dienstag früh dem Fürsten Bismarck ein prächt-
volles Blumenarrangement überreichten.
Fürst und Fürstin Bismarck sind, wie schon angeündigt,
vom „Karlshof“ in Klein-Flottbek zum Dampf-Kaiserin
Augusta Viktoria“ gefahren, um heute die Fahrt nach
Korborn zu antreten.

Der Kaiser gab, wie aus Bregenz telegraphiert wird,
Dienstag abend ein Diner an Bord der „Hohenpollern“, zu
dem außer dem Königin Paola und seiner näheren Um-
gebung auch Staatsminister Wiedemann und Konstant Mohr ge-
laden waren.

Monarchentouren am Bodensee.

Aus Anlaß des Besuches, den Kaiser Franz Josef der
Stadt Bregenz zum 100jährigen Jubiläum der Landesjubili-
äum am 30. August dieses Jahres abhalten wird, haben
die Staatsoberhäupter der Bodenseeuferstaaten beschlossen,
den Kaiser in Bregenz zu begrüßen. Der König von Würt-
temberg, der Großherzog von Baden und Prinz Ludwig von
Bavarn der Thronfolger, in Vertretung seines Vaters, des
Regenten, werden zu dem genannten Tage nach Bregenz
kommen, an dem auch Graf Zeppelin dem Kaiser sein Luft-
schiff vorführen wird.
Wahrscheinlich wird sich, der „L. N.“ zufolge, auch
der schweizerische Bundespräsident der Zusammenkunft der
Staatsoberhäupter und ihrer Aufmerksamkeit für den
Kaiser Franz Josef anschließen.

Vom Reichsinvalidenfonds.

Nach einer vor kurzem verbreiteten Mitteilung soll der
Reichsinvalidenfonds zum 1. Oktober 1909 vollständig auf-
gelöst werden. Das ist natürlich unrichtig, denn der Fonds,
der durch Gesetz begründet ist, könnte nur durch Gesetz wieder
aufgehoben sein. Ein solches Gesetz ist aber nicht erlassen.
Es handelt sich lediglich um die Verwaltung des Reichs-
invalidenfonds, die seit einiger Zeit mit der des Sinter-
bleibensverpflichtungsfonds vereinigt ist.
Diese Verwaltung, die bisher sehr sorgfältig war, geht ent-
sprechend dem kürzlich noch erst vom Reichstag angenom-
menen Gesetze am 1. Oktober auf das Reichsinvalidenfonds
über. Die übrigen Beamten und Unterbeamten werden
entweder bei anderen Behörden untergebracht werden oder
ihrem Lebensalter entsprechend in den Ruhestand treten.
Die künftigen Verwaltungskosten werden
auf ein Fünftel der jetzigen betragen. Im
übrigen aber bleibt nicht nur die Bestimmungsmäßige Ver-
wendung des Reichsinvalidenfonds vollständig unberührt,
auch seine Verwaltung steht nach wie vor unter der fort-
währenden Aufsicht der Reichsinvalidenkommission. Im Gegen-
teile, die Kenntnis der geschäftlichen Vorkommnisse des
Reichsinvalidenfonds von den wichtigsten Verwaltungsgeschäften
des Fonds soll noch mehr als bisher gefördert werden.
Die jetzige Verwaltung wird allerdings nicht mehr lange
bestehen bleiben. Nach den bisherigen Berechnungen wird
der Bestand des Reichsinvalidenfonds im Jahre 1911 auf-
gebraucht sein. Dann gehen er und seine Verwaltung von
selbst ein. Die Ausgaben, die ihm zu betreiben sind,
werden auf den allgemeinen Etat übernommen und wie alle
anderen Ausgaben des Reiches besteuert werden.

Zollbehandlung von Gerste.

Ueber die Zollbehandlung von sogenannter macker
Gerste und ihre Unterabteilung von anderer (helspelter)
Gerste sind vom Reichsfinanzamt Erhebungen angestellt wor-
den, die in der Hauptsache zu folgendem Ergebnisse geführt
haben:
Macke Gerste wird einsehend im Inlande gegenwärtig zur
Hieberrichtung nicht verwendet. Doch erscheint eine solche Ver-
wendung unter Umständen noch möglich, da die Gerste bei guter Bewäl-
tigkeit in der Regel ein hohes Hektolitergewicht besitzt und eine
hohe Extraktausbeute liefert. Bei dieser Sachlage wird auch auf
macker Gerste, sofern deren Hektolitergewicht die einschließenden
Grenzen überschreitet, der vertragsmäßige Zollfuß von 4 Mk. für
1 Tn. stets dann anzuwenden sein, wenn die Inbrachsbarmachung
abgelehnt wird, die Gerste nicht gemäß § 15 der Gerstengesetz-
gebung als ungeeignet zur Bäckereibereitung anzusehen ist oder nicht gemäß
§ 17 ebenda mit dem Nachweise der Barmachung zu anderen Zwecken
als zur Bäckereibereitung unbeschädigt zum Gebrauche von 130 Hekt. für
1 Tn. verarbeitet werden können. Sollte das Hektolitergewicht von
macker Gerste, was vornehmlich jetzt vorzukommen wird, aber
immerhin möglich sein könnte, unter den einschließenden Grenzen
bleiben, so wird nach den allgemeinen Bestimmungen der Gersten-
zollordnung zu verfahren sein.
Zur Herbeiführung einer gleichmäßigen Zollbehandlung
macker Gerste hat sich das Reichsfinanzamt an die Bundes-
regierungen mit eigener Zollverwaltung gewandt. Bei
nächster Gelegenheit wird eine entsprechende Ergänzung der
Gerstengesetzgebung beim Bundesrat beantragt werden.

Zus den Kolonien.

Hebung der Viehzucht in Deutsch-Südwestafrika.

Die für die wirtschaftliche Zukunft der südwestafrikanischen Kolonie so außerordentlich bedeutsamen Aufgaben der Landwirthschaft, insbesondere der Viehzucht, haben, wie wir erfahren, in der Notwendigkeit geführt, dem Gouvernement auch einen landwirthschaftlichen Sachverständigen als Referenten beizugeben. Der neu ernannte Sachverständige ist am 18. d. M. bereits ausgereist. Er wird u. a. auch die Oberleitung über die vom Gouvernement angelegten Stammzuchten, wie die der Karakulschafe, übernehmen. Die Zunahme der Wollschafe im Bezirke Gibeon und Westafrika ist eine besonders erfreuliche Erscheinung der neuesten Entwicklung der Viehzucht; nach den letzten Aufnahmen stehen in diesem Gebiete über 5000 Stück Wollschafe. Und wenn auch die Ausfuhr an Wolle noch nicht bedeutend war, so übertrifft das im letzten Jahr ausgefuhrte Quantum von 4100 Kilo doch das vorjährige fast um den vierfachen Betrag. Zur weiteren Hebung der Schafzucht werden aus Europa Karakulschafe und aus der englischen Nachbarcolonie Wollschafe und arisanische Fettschwanzschafe eingeführt.

Allgemeine Mittheilungen.

Der bayerische Bundesratsbevollmächtigte n. Kurthard ist unter Verehrung des Titels Erzlegation zum Präsidenten der Kgl. Kant in Nürnberg ernannt worden. — Die von diesem Mittwoch an zur Ausgabe gelangende Nummer 38 des Reichsgesetzblattes enthält unter Nr. 3632 das Besoldungsgesetz vom 15. Juli 1900.

Ausland.

Clemenceaus Ende.

Paris, 21. Juli. Die fortgesetzte Beratung der Deputiertenkammer über den Bericht der Marine-Untersuchungskommission führte zu einem sensationellen Ergebnis. Das Ministerium blieb bei der Abstimmung mit 172 gegen 212 Stimmen in der Minderheit. Ministerpräsident Clemenceau und die übrigen Minister erhoben sich sofort von ihren Plätzen und verließen den Saal. Die Opposition drang in Jubel aus. Die Mehrheit legte sich aus den Rechten und den extremen Sozialisten zusammen, die von jeder das Ministerium bekämpften. Ein dem Sturze des Ministeriums wie die Tagesgabe mit, daß jeht Constance 24 Mitglieder der Regierungsmajorität auf Umfend sind.

Infolge dieser Abstimmung hat der französische Ministerpräsident den Präsidenten Fallières die Demission des Kabinetts überreicht, die auch angenommen wurde. Es scheint sicher, daß Delcassé auf keinen Fall mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird, obgleich dieser als Vorkandidat des Marineausflusses als derjenige bezeichnet wird, der am besten geeignet wäre, die Nachfolgerschaft Clemenceaus anzutreten. Der Sturz des Kabinetts hat große Verwirrung hervorgerufen; man war auf diesen Theatervorgang nicht gefaßt. Der Eindruck in parlamentarischen Kreisen ist ein äußerst ungünstiger; man ist der Ansicht, daß ohne die Haltung Clemenceaus, der auf die Anspielungen Delcassés bezüglich der Konferenz von Algéciras antwortete, der Ausgang der Debatte ein ganz anderer gewesen wäre. Die Abstimmung erfolgte gestern übrigens zum ersten Male nach der neuen Verfassung, d. h. es stimmten nur die Anwesenden unter Ausschuß der Stellvertreter. Bei der Abstimmung fehlten ca. 200 Abgeordnete. Der Sturz Clemenceaus ist hauptsächlich auf die Haltung der Republikaner zurückzuführen.

In politischen Kreisen ist viel von einem Kabinetts der republikanischen Reorganisation die Rede, die alle Republikaner bis zu den Progressisten und der äußersten Linken mit Ausnahme der geringsten Sozialisten umfaßt. Als Nachfolger Clemenceaus werden besonders die Minister Briand, Poincaré, Millevoye und Doumer genannt. Auch Barthou hat große Aussichten. Bezüglich des Portefeuilles des Neuern herrscht bei vielen Abgeordneten der einstimmige Wunsch vor, Vision möge dasselbe beibehalten. Wie verlautet, beschäftigt Präsident Fallières, darauf hinzuwirken, daß der Marineminister Piquart dem neuen Kabinetts wieder angehöre. Es heißt jedoch, daß dieser ein solches Ablehnen werde. Es scheint sicher, daß bei der Neubildung des Kabinetts das Interaktionssecretariat für Post und Telegraphie zu einem selbständigen Ministerium erhoben werden und dem Arbeitsministerium angefügt wird. Justizminister Briand erklärte Journalisten gegenüber, einsehlicher zu sein, dem Kabinetts nicht beizutreten. Als Nachfolger des Finanzministers Caillaux werden Poincaré, Rouvier und Doumer genannt.

Clemenceau hatte erst kürzlich nach der mehrere Tage währenden Debatte über die allgemeine Politik der Regierung ein klares Beträunensvotum e-fallen. Allerdings wollte das Kabinetts schon lange, und immer heftiger setzen die teilweise in aller Öffentlichkeit Angriffe gegen die Regierung ein. Festig angefaßt, bet wurde das Ministerium wegen seiner Sozialpolitik, sowie seiner Haltung in der Beamtenbewegung und vor allem in dem letzten Streit der Postbeamten. Doch aber die Regierung über die Flottenfrage fallen würde, war nicht vorauszusehen, denn erst im März d. J. war es Clemenceau ge-

lungen, über seinen Gegner Delcassé in der Frage der Marine-reform zu triumphieren. Und später, als die Flottenfrage nochmals aktuell wurde, nahm Clemenceau zu dem nicht ungeschickten Schatzung seine Zuflucht, drei Referenten der Marine wegen schlechter Leistungen zu verlangen. Denn damit wollte Clemenceau nachweisen, daß die Flottenhochwürmer, die unter der Maske von Marine-patrioten die Regierung füttern wollten, bei ihren Referenzen den Staat hintergingen.

Doch nun erließen der Bericht des Marineuntersuchungsaus-schusses. Er deutete einen beratigen Schandrian in der Marineverwaltung auf, daß dem Kabinetts die größten Wurmflöhe wegen Pflichtverletzung gemacht werden konnten. Da jedoch die Wurzeln in der Marine zum großen Teil als Folgen der Wirtschaft unter dem früheren Marineminister Pelléan an-zusehen waren, glaubte man, daß dem Kabinetts wenigstens unmittel-bar eine Gefahr nicht drohe.

Clemenceau hatte die Leitung des Kabinetts am 18. Oktober 1906 als Nachfolger Cartiens übernommen, hand also nahe-zu drei Jahre an der Spitze des Ministeriums, eine für französische Verhältnisse außerordentlich lange Zeit.

Die Resultate, die Clemenceau als Ministerpräsident erzielte, haben manden enttäuscht, und wenn man die Zahl der Gesetze vorlagte überblickt, die während der 2 1/2 Jahre verabschiedet und unter Dach und Fach gebracht worden sind, so erhebt sich die Frage, inwieweit nicht übermäßig groß. Neben das Altersverderbungs-gesetz, noch das Ein-kommensteuer-gesetz, noch die Reform der Militärgerichte sind bisher vom Senat, also von beiden Kammern notiert worden. Definitiv angenommen wurden die Verstaatlichung der Westbahn — nach bitteren Kämpfen im Senat —, die Vor-lage über die Vermehrung der Artillerie und, schon im Be-ginn der Vera, die Gesetz, welche die Durchführung der Trennung von Kirche und Staat und speziell das Schicksal der geistlichen Güter endgültig regelt. Aber die Bedeu-tung und die unbestreitbare Autorität, die diesem Kabinetts lange eigen waren, beruhen auch nicht auf diesem oder jenem gesetzgeberischen Erfolge, auf dieser oder jener glücklichen erzielten Reform. Sie beruhen auf dem unbestreitbaren Ge-fühl, mit dem das Kabinetts Clemenceau die

auswärtige Politik Frankreichs

leitete, auf der Energie, mit der Clemenceau in den Tagen des Balkankriegs und in ähnlichen Krisen die Ordnung wiederherzustellen mußte, und vor allem auf dem inter-essanten Reiz von Clemenceaus Persönlichkeit.

Die Erfolge in der auswärtigen Politik wurden, wie in der Casablanca-Affäre, zum Teil auf un-jerere Kosten errungen. Inwiefern, man muß doch konstatieren, scheinbar guttugend das „B.T.“, daß Clemenceau, der zuerst gänzlich im Gehäuf einer englischen Offensiv-politik zu schwimmen und den — damaligen — „Ein-treilungs“-Betreibern der Ecuadrischen Staatskunst hind-ergehen schien, das Bedenklische, das eine solche Politik für Frankreich haben könnte, bald eingesehen und, wie die Fran-zosen sagen, „seine Nadel aus dem Spiele gezogen hat“. Der Mann, der während der Belagerung von Paris als Maire an der Verteidigung teilgenommen und auf den Wällen gestanden hatte, war im Laufe der Jahre durchaus kein „Deutschfreund“ geworden, aber er war viel zu klug, um das Heil der Republik in einem Abenteuer zu gefährden. Unterdrückt von dem rasig abwägenden Pichon, wird er bedenklichen Bedenken aus, und nach der Casablanca-Affäre, und besonders während des Balkankrieges, suchte er friedliche Lösungen und Abklärung mit der deutschen Auslands-politik.

In der inneren Politik liebte es ihm als Ideal vor, die Arbeiter dem revolutionären Gedanken abspenstig zu machen und für eine stetige Evolution zu er-ziehlen. Im fortwährenden Eintreten für diese Idee ver-sehndete er sich mit Jaurets, der während der Drenfus-Kampagne Säugler an Säugler mit ihm gekämpft hatte. Nun ist der alte „Ministerbürger“ von einst, der alle par-lamentarischen Pflanze und Anisse wie kein Zweiter kannte, selbst geführt worden — gestützt durch den Abfall eines Teiles der Linken, der den Delcassé und Bertheau folgte. Wohl die eigenartigste und interessanteste Persönlichkeit unter den Staatsmännern Europas tritt damit von der er-füllten Bühne der Regierenden ab.

Die Lage in Nordmarokko

hat sich demart verschlimmert, daß die Spanier große Truppenentsendungen vornehmen müssen, um die ausläu-fischen Rifflanden zu überqueren. Der Ernst der Lage kommt auch in der plötzlichen Abreise des Königs aus der Sommerresidenz San Sebastian zum Ausdruck. Der junge Monarch ist nach Madrid geeilt, um dem Ministeriate, der sich mit den Vorfällen bei Melilla beschäftigen wird, bei-zuwohnen. Draufbedachte meiden:

San Sebastian, 21. Juli. Gestern nacht ist König Alfons plötzlich nach Madrid abgereist, um dem Ministeriat zu präsidieren. Auch der Ministerpräsident Maura hat sich aus Santander nach Madrid begeben. Die Berichte aus Melilla machen un-geheuren Eindruck. Neue Verstärkungen werden sofort über Melaga nach dem Riff abgehoben. Augenscheinlich ist der ganze Riff im Anmarsch. Spanien wird fünfzigtausend Mann auf die Weine bringen müssen, um wirksam kämpfen zu können. Der Kampf von Sonntag zum Montag dauerte zwölf Stunden und wurde beiderseits äußerst erbittert geführt. Die Mauren verloren dreißigtausend Mann, die Spanier fünfzig, darunter fünfzehn Tote.

Bei dem bereits gemeldeten Kampf zwischen den Spa-niern und Mauren waren 2000 Spanier und 6000 Mauren

beteiligt. Diese bewiesen eine ganz hervorragende Tatkraft, indem sie unter guter Benutzung des Geländes durch Scheinangriffe die Aufmerksamkeit von der Stelle, wo der Hauptangriff erfolgen sollte, ablenkten und lühten. Dieser begann gegen 9 Uhr abends. Trotz mörderischer Artilleriefeuers drangen die Mauren mit größter Todes-verachtung durch die Drahthindernisse der spanischen Haupt-stellung vor, so daß es an vielen Orten, auch bei den Ge-schützen, zum Handgemenge kam. General Marina war un-aufmerksam in vorbestimmter Front und spornete seine Truppen zum Ausfallen in der Verteidigung an. Um 3 Uhr mor-gens wurde der Angriff abgeblasen.

Kleine Tagesnachrichten.

Der Briefwechsel zwischen dem Fürsten B. Iow und Titoni bezüglich des Rüdritts des ersteren mit von der „Tribuna“ beproben; es erklärt, keinen Kamen habe Stellen mit solchem Bedauern scheidend leben wie Bülou. Wenn Bülow aus diesem Herzen die Hoffnung auf die Fortdauer des alten Reichthums zwischen Italien und Deutschland auspro-ber, so dürfte man ohne weiteres glauben, daß er die richtige Formel gefunden habe, um die Bekämpfung einer Politik zu proklamieren, die bisher Deutschland ebenso genützt habe wie Italien.

Das Ministerium Raffis ist gebildet und folgender-maßen zusammengesetzt: Raffis Reich und Finanzen, Jovetios Auswärtiges, Straus Inneres, Mauffis Marine, Oberst Manu-ell Salkes Krieg, Delmas Justiz, Cherestopoulos Unter-richt. Die Minister werden dem König den Eid leisten.

Konprinz Alexander von Serbien traf um Aufgebrach in Ragibitz in Steiermark ein. In seiner Begleitung befinden sich der Präsident des Staatsrats Gruffich und der Kommandeur Gernitsch.

Der Scheich Nizam hat an alle Geistlichen und Richter einen Erlass gerichtet, in dem er erklärt, daß der Religions-unterschied kein Hindernis für die Gleichheit bilde. Das Prinzip der Gleichheit sei streng zu achten und der Bevölkerung nahe-zulegen, in Eintracht mit den Nichtmosammedanern zu leben.

Zustichiffahrt.

Von der „Ja“.

Die für gestern nachmittag angelegte Fischjagd auf der „Ja“ ist unterbrochen. Dafür wurden fünf Ballons un-ternommen. Der Ballon „Hessen“, der gegen 4 Uhr aufgefassen wurde, hatte drei Luftschifferinnen an Bord. Ferner fliegen in kurzen Abständen auf: „Couth III“, „Ja“, „Stuttgart“ und „Hanse“, welche letztere vorher in der üblichen Weise ihre Taufe empfangen hatte.

Bei Aufstieg des „Couth III“, in dem sich Grafenlin Adieles befand, gab es eine aufregende Scene. Der Führer Dr. Linde wollte direkt mit allergrößtem Schlepplappel hochgehen. Der Ballon hatte aber nicht genügend Antrieb und schlug infolge des Ber-stehens starken Widerstand über das Café Victoria hinweg. Das Schlepplappel verlor sich in einen der elektrischen Masten. Der Führer gab sofort Ballast. Es war aber vergeblich, der Ballon blieb in der Höhe und des Seil hatte sich im Augenblick seit um den Mast gefestigt. Der Ballon senkte sich. Ein Feuerwehmann, der in der Nähe war, band das Schlepplappel schnell los. Dann stieg der Ballon plötzschwind empor.

Ein ähnlicher Vorfal wird übrigens nachträglich von der Nachfahr des „Sieglar“ am Montag abend bekannt. Der Ballon hatte ebenfalls zu geringen Antrieb. In der Höchsterhöhe wurde der Ballon plötzlich gegen einen elektrischen Schaltkasten gefeiert. Nur durch schnelles Ballastgeben wurde weiteres Un-heil verhindert. In allen Ballons werden Brieftauben mitgeführt.

Seine Zusammenkunft in der Luft.

Die von dem militärischen Führer der „Bille de Nancy“ und von den Führern des „Zeppelin I“ geplante, von den Franzosen angeregte Zusammenkunft in der Luft fand nicht statt. Der „Zeppelin I“ erliefen um 7 1/2 Uhr über dem Grenzort Neveant; die „Bille de Nancy“ erliefen nicht, da die öffentliche Meinung in Nancy den Vor-schlag nicht billigte und es zu Straßendemonstrationen kom-men sollte. Der Briefwechsel wurde infolgedessen, mitzu-fahren. Das heutige Luftschiff wurde an der Grenze von einer taufendköpfigen Menschenmenge begrüßt. Ueber dem Grenzort Neveant flügte ein einziges Maer aus. Als bekannt wurde, daß die „Bille de Nancy“ nicht kenne, zeigte sich das französische Publikum nicht wenig enttäuscht und äußerte seinen Anmut über die Nancyer Briefträger.

Leitung: Wilhelm Georg.

(In Bestimmung: Eugen Bräunlein.)

Verantwortlich für den politischen Teil: i. R.: Eugen Bräun-lein; für „Ausland“, „Lege Nachrichten“ u. „Sport“: Erich Solow; für den lokal. Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, und Handel: Eugen Bräunlein; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schauburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Henbel

Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

Kinder in der Entwicklung bedürfen der Fürsorge.

Man folge dem Rat der Aerzte und gebe den Kindern einige Zeis als Zusatznahrung

MAIZENA

blühendes Aussehen und Munterkeit wird die Eltern belohnen. Er-hältlich in Drogerien u. Kolonialwarengeschäften in den bekannten gelben Packeten.

Alles bisher Gebotene

übertrifft der diesjährige

Indentur-Ausverkauf

Unsere Schaufenster bitten zu beachten.

Geschäftshaus

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

